

Pressemitteilung

Freiburg, 17. Januar 2014



Neue Studie von Prof. Martin Werding im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung bestätigt Musterklagen des Freiburger Familienbunds!

Erziehungsleistungen von Eltern werden nicht angemessen anerkannt

Ein im Jahr 2000 geborenes Kind wird im Lauf seines Lebens durchschnittlich 77.000.- € mehr in die Rentenkasse einzahlen, als es selbst an Leistungen aus dem System beziehen wird. Seine Eltern haben von diesem Überschuss allerdings wenig, weder eine nennenswerte Erhöhung ihrer Rentenleistung noch weniger Beiträge als Kinderlose. Die neue Studie der Bertelsmann-Stiftung bezeichnet unser Rentensystem als „nicht familiengerecht“ und sieht dringenden Reformbedarf.

„Ein wesentlicher Beitrag ins Rentensystem sind Kinder,“ sagt Stephan Schwär, Landesvorsitzender des Familienbunds der Katholiken in Baden-Württemberg. „Die Lasten für diesen Beitrag bleiben bei den Familien, den Nutzen haben alle im System. Die Studie bestätigt wieder einmal: Von Kindern profitiert, wer keine hat!“

Eltern haben immer für zwei Generationen zu sorgen: Für die (Eltern-)Generation vor ihnen über die Beiträge zur Rentenkasse, und für die Generation nach ihnen, die Kinder. Zur Elterngeneration gehören auch die Kinderlosen, die diesen Beitrag für die nachkommende Generation nicht erbracht haben. Stephan Schwär meint dazu: „Eltern investieren Zeit und Geld, unterbrechen ihre Berufstätigkeit oder schränken sie ein. Sie erhalten aber in der Regel deutlich geringere Renten als die, die in die Zukunft nicht durch eigene Kinder investiert haben. Der zweite notwendige Beitrag ins System, die Kinder, werden nicht berücksichtigt.“ Die im Schnitt durchschnittlich insgesamt 8.300.- € Mütterrente machen nur einen kleinen Teil der 77.000.- € Überschuss aus, die das Rentensystem von jedem Kind profitiert.

Professor Martin Werding von der Ruhr Uni Bochum hat darüber hinaus errechnet, dass aufgrund der demografischen Entwicklung einerseits der Rentenbeitrag ab 2030 über 22 % steigen und das Rentenniveau unter die gesetzliche Untergrenze fallen wird.

Selbst alle derzeit 156 familienpolitischen Maßnahmen und staatlichen Bildungsangebote wiegen die finanziellen Nachteile für Familien nicht auf. Unter dem

Strich bleibt nach der Studie ein Minus von mehr als 50.000.- € aus Steuern und Sozialkassen.

„Die Studie bestätigt die Musterklagen des Familienbunds gegen die Beiträge für Familien in den gesetzlichen Sozialkassen.“, so Stephan Schwär weiter. Drei Freiburger Mitgliedsfamilien klagen gegen die Ungerechtigkeit der Beiträge. Die Klagen liegen derzeit beim Bundessozialgericht in Kassel, die Kläger warten auf ein Urteil.

Bei einer Veranstaltung am 20. Februar 2014 um 18.00 h in der Katholischen Akademie in Freiburg wird der Klägervertreter Prof. Dr. Thorsten Kingreen aus Regensburg die Klagen der Freiburger vorstellen.

Informationen zur Studie von Prof. Martin Werding: www.bertelsmann-stiftung.de

Der Familienbund der Katholiken im Erzbistum Freiburg besteht aus Mitgliedsfamilien und weiteren Katholischen Erwachsenen- sowie Sozialverbänden. Er ist Mitglied im Landes- sowie Bundesverband.

Weitere Informationen unter: www.familienbund-freiburg.de



Okenstr. 15 – 79108 Freiburg
Tel: (0761) 5144-203 · Fax: (0761) 5144-2054
Email: familienbund@seelsorgeamt-freiburg.de, Internet: www.familienbund-freiburg.de
V.i.S.d.P.: Stephan Schwär, Vorsitzender
